TOP

Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften	26.03.2014

öffentlich

Vorlage Nr.	171/2014-9
Stand	06.03.2014

Betreff Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2014 betr. Rheinvertiefung

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Verkehr-, Planung und Liegenschaften beauftragt den Bürgermeister,

1. die NRW-Landesregierung und das Bundesverkehrsministerium umgehend über die ablehnende Haltung der Stadt Bornheim gegen eine Rheinvertiefung bis zur Klärung der Fragen, wer die Sanierungskosten zur Herstellung der Standsicherheit des Hochufers übernimmt und wann die Sanierung durchgeführt wird, zu informieren
2. bei der Erstellung des Sanierungskonzeptes für das Rheinufer die mögliche Rheinvertiefung mit zu berücksichtigen.

Sachverhalt

Zum beigefügten Antrag vom 26.02.2014 hat der Bürgermeister keine Bedenken im Sinne des Antrages zu beschließen.

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag